

ERKLÄRUNGEN DES BIETERS

1. Für das Vergabeverfahren gelten die Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Bauleistungen (BB/VOB) der Stadt Hamm. Diese sind mir bekannt und werden anerkannt. (bitte Erläuterungen auf Seite 2 beachten).

2. Bestandteile des Angebotes sind in der jeweils geltenden Fassung:

2.1 Bei der Vergabe von Bauleistungen im Sinne der VOB die VOB Teil B und die "Zusätzlichen Vertragsbedingungen der Stadt Hamm für die Ausführung von Bauleistungen (ZVB/VOB)" (bitte Erläuterungen auf Seite 2 beachten).

2.2 Die Allgemeinen Technischen Vorschriften für Bauleistungen (ATV-VOB/C)

2.3 Bei Tiefbaumaßnahmen die Zusätzlichen Technischen Vorschriften (Fachbereich Tiefbau).

Alle Bestimmungen sind mir bekannt.

3. Außerdem sind die Erklärungen der nachfolgenden Ziffern 3.1 - 3.5 Bestandteile des Angebotes:

3.1 Ich habe mich vor Abgabe des Angebotes über Umfang, Art und Ausführung der Leistungen sowie über die örtlichen Verhältnisse der Baustelle hinreichend unterrichtet.

Ich kenne die für meinen Fachbereich gültigen und zu beachtenden gesetzlichen und behördlichen Vorschriften und werde sie bei der Erfüllung dieses Vertrages beachten.

3.2 Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die von mir/uns mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden können und ggf. nach Auftragserteilung auf mein/unser Angebot den nicht berücksichtigten Bietern der Name meines/unseres Unternehmens und die Merkmale und Vorteile meines/unseres Angebotes mitgeteilt werden.
Darüber hinaus erkläre ich mich im Falle einer Auftragserteilung als natürliche Person mit einer Bekanntgabe der in § 20 Abs.3 VOB/A genannten Angaben für eine Dauer von 6 Monaten auf www.evergabe.nrw.de einverstanden.

3.3 Ich erkläre und erbringe auf Verlangen den Nachweis, dass

- a) ich mein Gewerbe ordnungsgemäß angemeldet habe, die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistungen erfülle und Mitglied der Berufsgenossenschaft bin;
- b) ich mein Haftpflichtrisiko ausreichend gedeckt habe;
- c) ich ausländische Arbeitnehmer nur beschäftige, wenn die Bundesagentur für Arbeit ihnen die Arbeitserlaubnis erteilt hat. Dies gilt auch bei der Erbringung von Teilleistungen durch einen Nachunternehmer;
- d) ich meine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben, der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung sowie meine Verpflichtungen aus dem Schwerbehindertengesetz ordnungsgemäß erfüllt habe;
- e) für mein Unternehmen kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde;
- f) sich mein Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

3.4 Mir ist bekannt, dass

- a) die Stadt den Verdacht der illegalen Beschäftigung sofort den zuständigen Stellen der Bundesagentur für Arbeit oder den Sicherheitsbehörden melden wird. Die Stadt ist nicht verpflichtet, einen Anfangsverdacht zunächst mir mitzuteilen.
- b) seitens der Vergabestelle vor Erteilung eines Auftrages im Wert von über 50.000,- Euro (netto ohne Umsatzsteuer) auf der Grundlage des Korruptionsbekämpfungsgesetzes NRW eine Abfrage beim Vergaberegister NRW über mein Unternehmen durchgeführt wird. Daneben wird die Vergabestelle nach pflichtgemäßem Ermessen entsprechende Abfragen auch bei Aufträgen durchführen, die den o.a. Wert unterschreiten. Ich versichere hiermit, dass keine Verfehlungen vorliegen, die meinen Ausschluss von der Teilnahme am Wettbewerb rechtfertigen könnten (bitte Erläuterungen auf Seite 2 beachten).
- c) die Stadt nach dem Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe verpflichtet ist, bei Verträgen über Bauleistungen 15 % von jedem von mir in Rechnung gestellten Bruttoentgelt an das für mein Unternehmen zuständige Finanzamt abzuführen, wenn zum Zeitpunkt der Zahlung keine Freistel-

lunbsbescheinigung meines Finanzamtes vorliegt. Liegt eine Freistellungsbescheinigung vor, bin ich verpflichtet, jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf die vorgelegte Freistellungsbescheinigung (§ 48 b EStG) der Stadt unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

Mir ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärungen folgende Sanktionen nach sich ziehen kann:

- Ausschluss vom Vergabeverfahren und weiteren Auftragserteilungen
- fristlose Kündigung eines etwa erteilten Auftrages aus wichtigem Grund und zwar wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht
- Schadenersatz wegen Nichterfüllung
- Meldung des Ausschlusses und der Ausschlussdauer an das Vergaberegister NRW.

Ich verpflichte mich, die Erklärung zu Ziffer 3.4 b Satz 3 auch von Nachunternehmern zu fordern, die Nachunternehmer auf die Folgen einer Nichtbeachtung hinzuweisen und die Erklärung zusammen mit der Benennung des/der Nachunternehmer/s vorzulegen.

- 3.5 Ich erkläre, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) nicht vorliegen (bitte unten stehende Erläuterungen beachten).

4. Auszug aus dem Gewerbezentralregister

Aufgrund des § 21 Abs. 1 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes kann der Auftraggeber für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a Gewerbeordnung anfordern; bei Bauaufträgen ab einer Höhe von 30.000,00 € besteht eine Verpflichtung hierzu.

Desgleichen besteht nach § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz ein Ermessen bzw. nach § 19 Abs. 4 Mindestlohngesetz bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 € die Verpflichtung zur Anforderung einer Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a Gewerbeordnung.

Der Bieter verpflichtet sich, die für die Beantragung des Gewerbezentralregistrauszuges benötigten Daten dem Auftraggeber zur Verfügung zu stellen.

Ausländische Bieter haben eine vergleichbare Bescheinigung ihres Herkunftslandes vorzulegen.

Erläuterungen zu Ziff. 1 und 2.1:

Die BB/VOB und die ZVB/VOB der Stadt Hamm stehen auf dem Vergabemarktplatz (www.evergabe.nrw.de) im Projekt-raum für dieses Vergabeverfahren zum Download zur Verfügung bzw. sie sind abrufbar unter www.hamm.de/ausschreibungen/vob.html (Menu Downloads).

Erläuterungen zu Ziff. 3.2:

Die von Ihnen erbetenen, personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Ihre Angaben sind Voraussetzung für die Berücksichtigung Ihres Angebotes nach der VOB.

Informationen zu der von der Stadt Hamm (oder ggfs. durch beauftragte Dritte) durchgeführten Verarbeitung personenbezogener Daten sowie die Ihnen in diesem Zusammenhang zustehenden Rechte, entnehmen Sie bitte dem beigefügten Informationsblatt gem. Artikel 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).

Erläuterungen zu Ziff. 3.4 b:

Eine Verfehlung im Sinne des § 5 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW liegt vor, wenn durch eine natürliche Person im Rahmen einer unternehmerischen Betätigung

- Straftaten nach §§ 331-335 (Vorteilsannahme, Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung, Bestechung), 261 (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte), 263 (Betrug), 264 (Subventionsbetrug), 265 b (Kreditbetrug), 266 (Untreue), 266 a (Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt), 298 (Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen), 299 (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), 108e (Abgeordnetenbestechung) StGB und nach § 370 der Abgabenordnung,
- nach §§ 19, 20, 20a und 22 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen,
- Verstöße gegen § 81 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen,
- Verstöße gegen § 16 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes,
- Verstöße, die zu einem Ausschluss nach § 21 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung oder nach § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz führen können oder geführt haben,

von Bedeutung, insbesondere in Bezug auf die Art und Weise der Begehung oder den Umfang des materiellen oder immateriellen Schadens, begangen worden sind.

Erläuterungen zu Ziff. 3.5:

Verstöße gegen das Mindestlohngesetz nach § 21, die mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € belegt worden sind, sollen bis zur nachgewiesenen Wiederherstellung der Zuverlässigkeit zu einem Ausschluss der Bewerberinnen oder Bewerber von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag der in § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen genannten Auftraggeber führen.